

Im Norden Côte d'Ivoires nichts Neues

Symbolische Präsenz der Staatsorgane in den ehemaligen Rebellengebieten – Ein Wirtschaftsleben «von Kriegsherren»

Laut einem Friedensvertrag von 2007 sollte das durch eine Rebellion zweigeteilte Côte d'Ivoire längst wiedervereinigt sein und für Wahlen bereitstehen. Beides ist nicht der Fall, wie ein Augenschein im ehemals aufständischen Norden zeigt.

Markus M. Haefliger, Bouaké

Auf dem Vorplatz der Präfektur von Bouaké, der «Hauptstadt» des von ehemaligen Rebellen besetzten Nordens von Côte d'Ivoire, hängt wieder die orange-weiss-grüne Trikolore des ivoirischen Staates an der Fahnenstange. Aber die Büros im Innern des Gebäudes stehen leer. Nur im Vorzimmer des Generalsekretärs wartet eine Dame und meldet die Besucher an. Emmanuel Kassi Koua, der Generalsekretär, trägt eine khakifarbene Uniform mit goldenen Zöpfen an der linken Schulterpatte. Es gelte, die Haltung zu wahren, so begründet er die gepflegte Kleidung.

Noch immer getrenntes Land

Viel mehr, als den Zentralstaat zu repräsentieren, bleibt Kassi Koua auch nicht zu tun. Sein Chef, der Präfekt, ist für eine nicht absehbare Zeit nach Abidjan zurückgekehrt, der 350 Kilometer im Süden gelegenen Wirtschaftsmetropole. Kassi Koua verfügt über kein Budget, um die angestammten Aufgaben im Département zu übernehmen.

Acht Jahre nach Ausbruch einer Rebellion im mehrheitlich muslimischen Norden und drei Jahre nach Abschluss des Friedensabkommens von Ouagadougou ist Côte d'Ivoire de facto noch immer ein geteiltes Land. Das Lager von Präsident Gbagbo kontrolliert die südliche Hälfte des Landes. Im Norden herrschen die Forces Nouvelles (FN), die einstigen Rebellen. Die Pufferzone zwischen den beiden Territorien wurde 2007 aufgehoben, und der Anführer der FN, Guillaume Soro, ging als Premierminister nach Abidjan.

Aber tiefer reicht die «Wiedervereinigung» nicht. Weder wurden die Verwaltungen und Haushalte fusioniert, wie es der Friedensvertrag vorsieht, noch die irregulären Milizen auf beiden Seiten entwaffnet und demobilisiert. Neuwahlen sind seit 2005 sechs Mal verschoben worden. Ob sie dieses Jahr durchgeführt werden, ist erneut fraglich, seitdem Gbagbo Anfang Februar die Regierung und die unabhängige Wahlkommission aufgelöst hat.

Normalisierung ohne Eile

Monsieur Kassi hätte also allen Grund zur Ungeduld. Stattdessen wirbt er um Verständnis dafür, wie in Côte d'Ivoire Konflikte gelöst wurden: «Man kann nichts mit Gewalt erzwingen», sagt er, «man sollte langsam vorgehen.» Zu politischen Fragen verweigert er die Antwort. Umso lieber erzählt er von seiner Jugend. Im Jahr 1958 stellte ein Kolonialbeamter erstmals eine Urkunde auf seinen Namen aus. «Ich war 14 Jahre alt, aber klein geraten. Der Beamte schätzte mein Alter auf 8 und trug als Geburtsdatum den 1. Januar 1950 ein.» Ohne Bitterkeit fügt Kassi an, so hätten die Franzosen das damals gemacht. Heute ist er froh über die Unachtsamkeit. Offiziell erst 60-jährig, steht er noch immer im Staatsdienst. Das bringt ihm in Bouaké zurzeit zwar keinen Einfluss ein, aber immerhin ein bescheidenes Gehalt.

Die wahre Machtzentrale in Bouaké, der zweitgrößten Stadt Côte d'Ivoires, liegt ein paar hundert Meter von der Präfektur entfernt in einer ehemaligen Fachhochschule für das Pflegepersonal in den Spitälern. Hier liegt das Hauptquartier der Forces Armées des Forces Nouvelles (FAFN), des bewaffneten Arms der ehemaligen Aufständischen. Hier herrscht ein Kommen und Gehen. Auf dem Parkplatz stehen teure Geländefahrzeuge. Zur Bewachung stehen wie am Eingang der Stadt Uniformierte



Zivilisten und ein eher jugendlicher Kämpfer der Forces Nouvelles im Stadtzentrum von Bouaké.

SAURABH DAS / AP

in Kampfanzügen. Auf den ersten Blick sind sie kaum von Regierungssoldaten in Abidjan zu unterscheiden. Nur die Bérets in den verschiedensten Farben sind ein Hinweis darauf, dass die Rebellion 2002 als Meuterei verschiedener Armee-Einheiten begonnen hatte. Die Kindersoldaten und Milizionäre, von denen frühere Berichte über den ivoirischen Konflikt erzählen, sind aus dem Strassenbild verschwunden. Aber Besucher werden noch immer von Halbwüchsigen auf Motorrädern unsanft aufgefordert, sich zur «Kontrolle» zur Gendarmerie geleiten zu lassen, die weiterhin unter dem Kommando der FAFN steht.

Viele Opfer, wenige Profiteure

Die Leidtragenden der irregulären Herrschaft sind im Grossmarkt von Bouaké zu finden. Der moderne Gebäudekomplex vermittelt eine Ahnung von der früheren wirtschaftlichen Bedeutung der Stadt. Entlang eines Rasters von asphaltierten Strassen und Trottoirs stehen Hallen mit gewölbten Betondächern. Der Markt wurde als eines der stadtplanerischen Vorhaben des Gründerpräsidenten Houphouët-Boigny aus einem Guss entworfen.

Hier deckten sich die Grosshändler aus Abidjan mit Gemüse und Früchten der fruchtbaren Umgebung ein. Die Exporte von Jamsurzeln, Maniok, Kolanüssen, Bananen und Paprikaschoten nach Mali, Niger und Ghana gingen ebenfalls durch den Grossmarkt von Bouaké. Heute sei dieser Handel grösstenteils erlahmt oder in die Hand von Schmugglern übergegangen, welche die Dienste der Marktverwaltung nicht beanspruchten, sagt deren Direktor, Daou Amara. «Unsere Hallen sind höchstens zu 30 Prozent ausgelastet.»

Wie alle wirtschaftliche Aktivität in der nördlichen Hälfte des Landes wurden die Aktivitäten im Grossmarkt in den informellen Sektor abgedrängt. Direktor Amara wird, statt dass er ein Salär erhält, durch Zuwendungen von Camionneuren und Händlern ausgehalten. Laut eigenen Angaben hat er Mühe, seine Familie durchzubringen, den Dienstwagen hat er verkauft. Das Zollhaus am Eingang zum Grossmarkt wurde letztes Jahr zwar frisch gestrichen; sogar eine neue Klimaanlage ist installiert worden.

Wie Maden im Speck

Aber die nationale Zollbehörde ist in der Stadt noch immer durch einen einzi-

gen Beamten vertreten. Dieser sitzt wie der Generalsekretär der Präfektur in einem leeren Büro in der Stadt und sieht fern. An der Eingangspforte des Marktes sitzen stattdessen Funktionäre der FN. «Wie die Maden im Speck», sagt Amara. Die Händler müssten ihnen das Fünffache der früheren Gebühren entrichten. Dazu kommen Wegezölle. Ibrahim Ouattara, ein Gemüsehändler aus dem Département Niakara, rund 120 Kilometer nördlich von Bouaké, musste nach eigenen Angaben auf der Fahrt nach Bouaké an Strassensperren umgerechnet 150 Franken zahlen, 12 Prozent des Werts, den sein Klein-Camion an Jamsurzeln geladen hatte.

Vertreter der FN rechtfertigen die irregulären Zahlungen damit, dass sie über keine staatlichen Einnahmequellen verfügten. «Wir sind keine Banditen», beteuert Camara Daouda, der



politische Kommissar der FAFN in Man, einem regionalen Hauptort im Westen des Landes. Die ehemaligen Rebellen warteten wie alle Ivoirer darauf, dass die Wiedervereinigung der Landesteile voranschreite. Dann sei Schluss mit Strassensperren und Gebührenerhebungen.

Ein im Dezember veröffentlichter Bericht der Uno-Kommission zur Überprüfung des Waffenembargos gegen Côte d'Ivoire kommt allerdings zu einem anderen Schluss. Die Experten vergleichen das von den FN kontrollierte Territorium mit einer «Ökonomie von Kriegsherren». Die für insgesamt zehn Militärkreise verantwortlichen Kommandanten beuteten unabhängig von der politischen Führung der FN ihre Gebiete aus und lieferten einen Bruchteil der Einnahmen an die zentrale Kasse der ehemaligen Rebellen ab.

Als Einnahmequellen unterscheidet der Bericht Wegezölle, von Unternehmern erhobene «Steuern», allgemeine «Gebühren» (insbesondere für Strom, obwohl dieser von der Regierung im Süden geliefert wird) sowie Einnahmen aus dem Abbau von Rohstoffen. Über das Ausmass der Einnahmen gibt es nur Schätzungen. Die Beobachterorganisation International Crisis Group bezifferte sie letztes Jahr unter Berufung auf Insider auf insgesamt 65 Millionen Dollar pro Jahr. Die Uno-Experten ihrerseits bezeichnen die Lage in dem von den FN kontrollierten Norden als «ruhig, aber systematisch instabil».

Ausgelassenheit in der Nacht

Als Stadt macht Bouaké einen heruntergekommenen Eindruck. Die Natur erobert Teile des öffentlichen Raums zurück. An den Fassaden der Geschäftshäuser haben sich Feigenbäumchen eingestrichelt. Eine Hecke fällt auf, weil sie in frischem Grün glänzt und fachgerecht getrimmt wurde. Dahinter liegt die Zigarettenfabrik von Côte d'Ivoire Tabac. Sie ist von über einem Dutzend ehemaligen Industriebetrieben in Bouaké die einzige Firma, die in den letzten Monaten den Betrieb wiederaufnahm. Auf öffentlichen Plätzen häuft sich der Kehricht mannshoch. In der Abenddämmerung verbrennen ein paar Frauen auf einem brachliegenden Feld alte Pneus, um die darin eingnähten Drähte verwerten zu können.

Aber je schwärzer die Nacht, desto freundlicher wird die Stadt. Entlang der Avenue des Princesses stellen Freiluft-Restaurants Tische und Stühle auf das Trottoir und feuern die Bratoste an. Es gibt grillierte Poulets oder Tilapia, einen in Westafrika verbreiteten Speisefisch. Kein Platz bleibt frei, die Stimmung ist ausgelassen.

Xenophobie vor den Wahlen

In Man, 430 Strassenkilometer im Westen gelegen, machen die Bewohner dagegen einen deprimierten Eindruck. Dies sei wegen der Wahlvorbereitungen, sagen einige Bewohner, die Furcht vor politischen Spannungen wachse. Anfang Februar war es zu Ausschreitungen gekommen, weil über 150 registrierte Wähler von unbekannter Seite als «Ausländer» denunziert worden waren. Sie wurden daraufhin vorläufig von den Wählerlisten gestrichen. Wie ein Besuch bei einer Gruppe von Betroffenen ergibt, verfügen sie alle über ivoirische Geburtsurkunden und andere Be-

weise ihrer Staatsbürgerschaft. Laut ihrem Sprecher, Bakary Kouyaté, wurden gezielt Angehörige der Ethnie der Malinké aus dem Norden des Landes als nicht wahlberechtigt denunziert.

Umgekehrt beklagen sich Angehörige des Stamms der Yacouba, die in Man als Einheimische gelten, über die Dreistigkeit von wahren Ausländern. Burkinaber und Guineaner, die seit Jahrzehnten in den Kaffeepflanzungen arbeiteten, hätten die Rebellion im Norden ausgenützt, um ungehindert Familienangehörige nachzuziehen. Zwei Drittel der Marktstände seien in der Hand von Guineanern, beteuert der ehemalige Bauunternehmer Oug Goue Deli, der laut eigenen Angaben alles verloren hat. «Für die Rebellen bin ich einer aus dem Süden», sagt er, «sie meiden mich.» Und von Regierungsseite erhalte er keine Arbeit, weil er 2002 im aufständischen Norden geblieben sei und keine Rechnungsbücher für die vergangenen Jahre vorweisen könne, wie dies für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen erforderlich sei.

Der Raubbau funktioniert

Vielleicht ist die Stimmung in Man auch nur darum gedrückt, weil das Städtchen provinziell ist und von steilen Hügeln umgeben wird. Abends ziehen sich die Bewohner in ihre Häuser zurück. Über den Quartieren liegt Kaffeeduft, der von Röstereien stammt. Auf der Präfektur hat man sich nicht einmal die Mühe genommen, die ivoirische Trikolore an den Mast zu hängen. Wie in Bouaké glänzt der Präfekt durch Abwesenheit. Die aus Abidjan und Yamoussoukro entsandten Beamten verschiedener nationaler Behörden leben als eine Art Männer-WG im ehemaligen Haus des Sous-Préfet. Für ihre Familien sei dieser Ort nicht geeignet, sagen sie, jedenfalls so lange nicht, wie die FN in Man das Sagen hätten.

Anwesend ist auch ein Vertreter der nationalen Forstbehörde, aber seine Präsenz ist symbolischer Art. Nach der Aussage von Einheimischen fliesst das Geld aus dem Raubbau am tropischen Wald vor allem in die Kassen des lokalen Kommandanten der FAFN. Vor der Stadt arbeiten vier Sägereien, die Ivoirern, Libanesen und Indern gehören. Pro Tag fahren Dutzende von Sattelschleppern mit tropischen Hölzern Richtung San Pedro, der Hafenstadt im Westen des Landes. Dort, aber nicht in Man, nimmt das Regierungslager seinen Anteil am unkontrollierten Export von Edelhölzern ein.

Am Schwanz aufgezaumt

Der Generalsekretär der Präfektur von Man, ein freundlicher Herr aus Abidjan, der anonym bleiben möchte, gibt zu verstehen, dass er sich abwechselnd belagert und gelangweilt fühlt. Für ihn sind die FN noch immer «Rebellen». Diese hätten keinerlei Interesse daran, die Kontrolle über die Stadt aufzugeben, sagt er wohl zutreffend. Ob sich auch seine Hoffnung erfüllt, dass die legitime Staatsmacht Einzug in Man halten werde, wenn erst gewählt worden sei, ist dagegen fraglich.

Nach dem Friedensabkommen von Ouagadougou sollte der Ablauf gerade umgekehrt sein: Wiedervereinigung des Staatswesens und Demobilisierung der Truppen zuerst, danach die Wahlen. Der FN-Chef Guillaume Soro, der von Gbagbo als Premierminister einer neuen Regierung bestätigt wurde, sowie der Präsident selber setzen sich als politische Rivalen und wirtschaftlich Verbündete bei der Ausbeutung des Landes souverän über diese Bestimmung im Friedensabkommen hinweg. Sie zäumen das Pferd am Schwanz auf.

NZZ ONLINE

Laufend aktualisierte Nachrichten, Analysen und Hintergründe.

www.nzz.ch